

II-2340 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 6. März 1969 No. 1147/4

A n f r a g e

der Abgeordneten Preußler, Adam Pichler  
und Genossen  
an den Bundeskanzler,  
betreffend Höhe der Kosten von aus Budgetmitteln bezahlter  
Wahlpropaganda für die Salzburger Landtagswahlen

Ende Februar erschienen in Zeitungen des Landes Salzburg Annoncen als Information der Bundesregierung, in welchen angebliche Leistungen des Bundes für das Land Salzburg bekanntgegeben wurden. Es ist auffällig, dass diese Annoncen gerade zu einem Zeitpunkt zur Veröffentlichung gelangen, zu welchem der Wahlkampf für die Salzburger Landtagswahlen angelaufen war. Die Informationen der Bundesregierung können nicht als objektiv gewertet werden, da hier über Leistungen berichtet wird, die nicht vom Bund allein, sondern auch von den Ländern und der Stadt Salzburg getragen werden, bei dem Leser der Information jedoch der Eindruck erweckt wird, dass der Bund allein diesen Aufwand geleistet habe.

Im Hinblick darauf, dass die Antwort auf diese Fragen keiner umfangreichen Erhebungen bedarf und die Bevölkerung des Bundeslandes Salzburg ein berechtigtes Interesse an der Beantwortung dieser Fragen hat, wird eine ehebaldige Beantwortung erwartet.  
Die gefertigten Abgeordneten stellen daher nachfolgende

-2-

A n f r a g e

- 1.) In welchen namentlich zu nennenden Zeitungen und sonstigen Druckwerken erschienen die als Information der Bundesregierung bezeichneten Annoncen über angebliche Leistungen des Bundes für das Land Salzburg?
- 2.) Wie hoch waren die Kosten für diese Annoncen, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Zeitungen?
- 3.) Unter welchem finanzielles Ansatz finden diese Ausgaben ihre Deckung?
- 4.) Welche Gründe waren für die Aufgabe dieser Annoncen, gerade zum Zeitpunkt des Wahlkampfes anlässlich der Salzburger Landtagswahlen massgebend?
- 5.) Wie rechtfertigen Sie Herr Bundeskanzler, Ihre in der Fragestunde vom 5.3.1969 getroffene Feststellung, dass Sie die Bevölkerung in einem Wahlkampf immer informieren werden, wenn nach Ihrer Ansicht die Leistungen des Bundes und die Bundespolitik unrichtig dargestellt werden, im Hinblick darauf, dass Sie die Kosten für diese Information aus den Steuergeldern aller Österreicher und nicht aus der Kasse der Österreichischen Volkspartei bestreiten?
- 6.) War Staatssekretär Pisa in diese Angelegenheit eingeschaltet bzw. hat er Aufträge erteilt?
- 7.) Bei Bejahung der Frage 6.): Wie lauteten diese Aufträge bzw. Weisungen?
- 8.) Werden Sie Herr Bundeskanzler Vorsorge treffen, dass bei kommenden Landtagswahlen und bei der bevorstehenden Nationalratswahl eine solche Vorgangsweise abgestellt wird, nämlich Parteiorganisationen der Österreichischen Volkspartei in der angeführten oder in ähnlicher Weise bei ihrem Wahlkampf aus allgemeinen Steuermitteln zumindest indirekt, zu unterstützen?